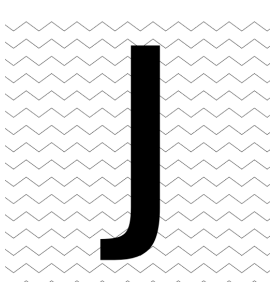

abendblatt.de

Hamburger Abendblatt

POLITIK. WIRTSCHAFT. SPORT. KULTUR.

JANINA OTTMA

ONLINE-REDAKTEUR*IN
CONTENT CREATOR
BLOGGER*IN



hello@notjanina.com
notjanina.com

DISKRIMINIERUNG

Vor Black Lives Matter: Bürgerrechtsbewegungen in den USA

Bürgerrechtsbewegungen haben in den USA eine lange Tradition. Sie beeinflussen Protestbewegungen wie Black Lives Matter. Ein Überblick.

Do, 04.06.2020, 15.13 Uhr

Von Janina Ottma



Black Lives Matter und andere Bürgerrechtsbewegungen in den USA machen auf die Gewalterfahrungen der schwarzen Bevölkerung aufmerksam und fordern Gerechtigkeit. Hier zu sehen: Quincy Mason, Sohn des Getöteten, und Benjamin Crump (l), Familienanwalt, an dem Ort, wo George Floyd zu Tode kam.

Foto: Jim Mone / dpa



Berlin. Black Lives Matter erlangt als Protestbewegung aus den USA immer mehr Sichtbarkeit und Zuspruch. Welche historischen Bürgerrechtsbewegungen beeinflussen die Protestkultur in den Vereinigten Staaten maßgeblich? Was waren die Forderungen der Bürgerrechtler? Und wie verändern sich die Forderungen seit den 1950er Jahren? Wir geben einen Überblick.

Gegen die Segregation: Civil Rights Movement

Das Civil Rights Movement (deutsch: Bürgerrechtsbewegung) hat seinen Ursprung in den 1950ern, eine Zeit, die in den USA viele positive Veränderungen für die weiße Bevölkerung mit sich brachte. Das Durchschnittseinkommen stieg, die Mittelklasse expandierte und fand sich vielerorts in – nahezu ausschließlich weißen – Vorstädten zusammen. Diese „**white suburban communities**“ waren das Epizentrum der neuen weißen Mittelklasse.

Von diesen positiven Entwicklungen profitierte die schwarze US-Bevölkerung aber nur sehr eingeschränkt. Während die weiße Mittelklasse größer wurde, verharrte die schwarze Bevölkerung größtenteils in Niedriglohn-Jobs. Der Zugang zu den wohlhabenden weißen Vorstädten blieb ihr verwehrt. Ursächlich für die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen: der tief-verwurzelte Rassismus, der in Form von **Segregation (deutsch: „Rassentrennung“)** deutlich sichtbar war.

So gab es unter anderem

- **Wasserspender** mit dem Bezeichnungen „colored“ und „white“,
- separate „weiße“ und „schwarze“ **Eingänge** in Schulen, Universitäten und Kliniken und
- getrennte **Toiletten** für Weiße und für Schwarze.

Nach fundamentalen Gerichtsurteilen – wie *Brown vs Board of Education* –, die dazu beitragen sollten, die gesellschaftlichen Chancen für Schwarze und Weiße anzugleichen, verschärfte sich die institutionelle und alltägliche Diskriminierung von Schwarzen vielerorts jedoch deutlich. 1955 und 1956 kam es zum sogenannten **Busboykott von Montgomery** seitens der schwarzen Bevölkerung.

Der Hintergrund: **Rosa Parks** weigerte sich am 1. Dezember 1955 in Montgomery, Alabama, ihren Sitz im „für weißen reservierten“ vorderen Bereich eines Busses freizugeben. Daraufhin wurde die Bürgerrechtsaktivistin verhaftet. Auch der damalige Baptisten-Pfarrer Martin Luther King Jr. rief zum Bus-Boykott auf. Das Ziel: Die Segregation in Bussen sollte abgeschafft werden – und wurde es auch, am 13. November 1956, durch eine Entscheidung des obersten Gerichtshofs.

Auch interessant: Bruder von George Floyd ruft zu friedlichen Protesten auf

Gewaltlose Integration: Martin Luther King Jr.

Der Montgomery-Bus-Boykott ist ein zentraler Meilenstein des Civil Rights Movement. Die Aktion verhalf dem bis dato relativ unbekannten **Martin Luther King Jr.** zu landesweiter Popularität. Diese wiederum trug zum Erfolg weiterer Bürgerrechtsbewegungen wie der Southern Christian Leadership Conference bei, in denen sich King engagierte. Kings Ansprache „I Have a Dream“ 1963 im Marsch auf Washington für Arbeit und Freiheit ist bis heute unvergessen.



Martin Luther King Jr. 1963 bei einer Pressekonferenz im Ritz Hotel in London,
England.

Foto: William H. Alden / Getty Images

Aus dem Civil Rights Movement gingen weitere Bürgerrechtsbewegungen hervor, die sich für die Rechte der schwarzen Bevölkerung in den USA einsetzen und legislative Änderungen in den USA forcierten, die mit dem **Civil Rights Act** vom 2. Juli 1964 letztendlich zur Abschaffung der Segregation in den USA führten und, zumindest auf dem Papier, die Diskriminierung aufgrund von Ethnie oder Geschlecht verbat.

Selbstverteidigung und Militarisierung: Black Power

In der Realität ließ die durch den Civil Rights Act staatlich angekurbelte Chancengleichheit von Schwarzen und Weißen auf sich warten. Anhaltende Einkommensunterschiede, Diskriminierungen am Arbeitsplatz, Ungleichbehandlungen in der Rechtsprechung und die Existenz der exklusiven „white suburban communities“, in denen Schwarze de facto weiterhin nicht willkommen waren, führte schrittweise zu einer Veränderung beziehungsweise **Diversifizierung** der schwarzen Bürgerrechtsbewegung.

Deutliche Kritik am friedlichen Bürgerrechtsprotest von **Martin Luther King Jr.** übte die Black-Power-Bewegung. Sie prangerte den immer noch andauernden, tief-verwurzelten weißen Rassismus, Einkommensungleichheiten und die damit einhergehende Ghettoisierung der schwarzen Bevölkerung an.

Segregation statt Integration: Malcolm X

Eine zentrale Figur der Black-Power-Bewegung ist Malcolm Little – genannt **Malcolm X**, bis zum 8. März 1964 Mitglied der Nation of Islam – der einen deutlich radikaleren Bürgerrechtsansatz als King verfolgte. So betonte er, dass seiner Ansicht nach ein friedliches Zusammenleben von schwarzer und weißer Bevölkerung nicht möglich sei und sprach sich für eine deutliche Segregation aus, statt einer von King geforderten Integration.

Auch interessant: Mord an George Floyd: Das ist Derek Chauvin – der Mann, der den US-Protest auslöste

1965 kam es in **Watts, Kalifornien**, in vorrangig von der schwarzen Bevölkerung bewohnten Ghettos zu Ausschreitungen. Diese forderten 35 Todesopfer und verursachten Sachschäden in Millionenhöhe. Die Aktivisten riefen Schwarze dazu auf, sich gegen willkürliche Polizeigewalt zu schützen – wenn nötig auch mit Waffengewalt.



Aktivisten beim 28. Malcolm X Black Power March in Harlem, New York am 19. Mai
2017, dem 92. Geburtstag von Malcolm X
Foto: Erik McGregor / ddp images/Erik McGregor

Black Feminism

Eine zentrale Rolle in der Black-Power-Bewegung der 1960er Jahre spielten Frauen. Innerhalb der von Außenstehenden als männlich-dominiert wahrgenommenen Organisation, tauschten sie sich über die Diskriminierungserfahrungen von schwarzen Frauen aus, die sich deutlich von denen weißer Frauen unterscheiden. Damit prägten sie den Begriff des **intersektionalen Feminismus** mit, der besonders in den letzten Jahren an Popularität gewonnen hat.

Intersektionalität ist die Schnittstelle von verschiedenen Strukturkategorien wie Gender, Klassenzugehörigkeit und Ethnie. Diese Kategorien beeinflussen zum Beispiel, welche Chancen ein Mensch in der Gesellschaft hat, aber auch, wie hoch seine oder ihre Chancen sind, Gewalt zu erfahren.

Die Kritik an einem **nicht-intersektionalen Feminismus**, der Kategorien wie Ethnie, biologisches Geschlecht und sexuelle Identität nicht mitdenkt, richtet sich primär an den „weißen“ Feminismus. Dieser berücksichtige bei seiner Kritik an den bestehenden patriarchalen Herrschaftsverhältnissen die Diskriminierungserfahrungen von schwarzen Frauen nicht oder nicht ausreichend.

Protestbewegungen in den USA – auch in den sozialen Medien: Black Lives Matter

Black Lives Matter (BLM) vereint verschiedene Einflüsse schwarzer Bürgerrechtsbewegungen und nutzt soziale Medien, um die Gleichbehandlung von Schwarzen und Weißen zu fordern. BLM entstand 2013 nach dem Freispruch George Zimmermans für die Tötung Trayvon Martins aus der Social-Media-Kampagne „#BlackLivesMatter“. Laut Angaben der BLM-Gründer ist die Bewegung unter anderem vom amerikanischen Civil Rights Movement, der Black-Power-Bewegung, dem Black Feminism sowie dem Panafrikanismus beeinflusst.

Rund um die – – Proteste nach dem Tod von George Floyd in Minneapolis am 25. Mai 2020 trendete der Hashtag erneut in sozialen Netzwerken wie Twitter und Instagram. Der Fall Floyd verweist laut Ansicht der BLM-Aktivisten auf das in den USA vorherrschende Problem der Ungleichbehandlung von Schwarzen und Weißen durch die exekutive Staats- und die damit einhergehende Polizeigewalt.

Do, 04.06.2020, 15.13 Uhr Hamburger Abendblatt
